



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Margit Wild, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann SPD**

Bosnien-Herzegowina: humanitäre Notlage von Geflüchteten an EU-Außengrenze beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betrachtet mit großer Sorge die humanitäre Notlage und menschenunwürdigen Lebensverhältnisse von Geflüchteten an der EU-Außengrenze in Bosnien-Herzegowina.

Seit Wochen harren Geflüchtete unter inhumanen Bedingungen ohne ausreichende Unterstützung und ohne winterfestes Obdach zwischen Bosnien-Herzegowina und Kroatien aus und befinden sich nach Einschätzung von Hilfsorganisationen in einer anhaltend lebensbedrohlichen Situation.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Beitrag zur Bewältigung der humanitären Katastrophe zu leisten und sich in geeigneter Weise auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

- die schutzbedürftigen Flüchtlinge an der EU-Außengrenze umgehend eine menschenwürdige Unterbringung erhalten,
- materielle Hilfsleistungen sowie personelle Unterstützungen zur Verfügung gestellt werden,
- die illegalen Pushbacks unverzüglich beendet, die europäischen Rechtsbrüche vollständig aufgeklärt und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden,
- die Geflüchteten an der EU-Außengrenze schnell Zugang zu geordneten europäischen Asylverfahren erhalten.

Begründung:

Etwa 12 000 Geflüchtete sind aktuell in Bosnien-Herzegowina gestrandet. Sie leben dort größtenteils unter erbärmlichen Bedingungen, bei winterlicher Kälte in provisorischen Camps oder im Wald. Es mangelt den Geflüchteten an Nahrung, Kleidung und medizinischer Versorgung. Sie sehen sich häufig gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt.

Die katastrophale Situation in den Elendslagern zeugen von einem Versagen der europäischen Politik, das mit den asylrechtlichen Bestimmungen der EU unvereinbar ist. Illegale Pushbacks sind unverzüglich zu beenden und europäische Rechtsbrüche aufzuklären und zu ahnden.